

Bestandsaufnahme und Protest

Erinnerungskultur: Münchener »Omas gegen Rechts« zu Besuch in Landsberg

Landsberg – Wie die Erinnerung an die NS-Gewaltherrschaft und das unendliche von ihr verursachte Leid wachhalten, wenn die Zeitzeugen verschwinden und auch diejenigen weniger werden, die noch persönliche Gespräche mit Zeitzeugen führen konnten? Zur letzteren Gruppe gehören die „Omas gegen Rechts“, eine 2017 gegründete überparteiliche Initiative für Demokratie, Menschenrechte und eine offene Gesellschaft. Vertreterinnen der Münchener Regionalgruppe von „Omas gegen Rechts“ besuchten am Samstag Landsberg zu einer Bestandsaufnahme und Protestaktion.

Die Bestandsaufnahme bezog sich auf die Art und Weise, wie in der Lechstadt Erinnerungskultur gepflegt wird. Die Protestaktion richtete sich gegen die Namensgebung „Karl Schrem Bau“ für eines der Gebäude im neuen Viertel am Papierbach. Bereits am Tag zuvor machte Projektentwickler ehret + klein allerdings einen Rückzieher. „Neue historische Erkenntnisse zu Karl Schrem und dessen Vergangenheit und Funktion während des NS-Regimes werfen ein neues



Zu Besuch in Landsberg waren am Samstag Vertreterinnen der Münchener Regionalgruppe der Initiative „Omas gegen Rechts“.

Foto: Müller-Hahl

Licht auf die Sachlage“, heißt es in einer Pressemitteilung des Unternehmens. Im Rahmen eines neuen Abstimmungsverfahrens will man nun einen anderen Namen für das Gebäude finden. Landsbergs Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl versteht diesen Schritt: „Angesichts der um-

strittenen Namensgebung ist eine neue Bewertung der Situation sowie eine erneute Abstimmung nachvollziehbar.“

Karl Schrem spielte bei einer abendlichen Diskussionsveranstaltung mit den Vertreterinnen der „Omas gegen Rechts“ folglich keine Rolle mehr. Themen

rund um Erinnerungskultur und Gedenkarbeit, um Bildung, pädagogische Konzepte und die richtigen Wege, die junge Generation zu erreichen, gab es dennoch genügend.

Zu der Diskussion hatte Veranstalter Wolfgang Hauck die Grünen-Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel, Historikerin Edith Raim und Manfred Deiler, den Präsidenten der Europäischen Holocaust Gedenkstätte Stiftung e.V., eingeladen. Deiler hatte den Besucherinnen aus München zuvor das ehemalige KZ-Lager Kaufering VII gezeigt.

„Was Landsberg für ein Zentrum der NS-Ideologie war, war uns gar nicht bekannt“, stellten die Besucherinnen am Abend fest und waren beeindruckt von Deilers Engagement. Er fordert seit langem ein Dokumentationszentrum auf dem Gelände von Kaufering VII.

Dass Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl und der Stadtrat dieses nun voranbringen wollen, sieht er als positives Zeichen, wobei den Absichtserklärungen erst noch Taten folgen müssen.

„Für ein professionalisiertes Dokumentationszentrum brauchen wir die Stadt als starken Partner an unserer Seite“, so Deiler. Dazu gehört in seinen Augen auch ein festangestellter Mitarbeiter, der das tut, was Deiler und seine Frau Helga seit Jahren ehrenamtlich machen – das Archiv betreuen, weltweite Anfragen beantworten von Enkeln, die nach Spuren ihrer Großeltern suchen, oder von Masterstudenten und Doktoranden, die über die NS-Zeit forschen. „Ich fühle mich verpflichtet, das zu machen, aber eigentlich ist es nicht unsere Aufgabe“, so Deiler.

Das Dokumentationszentrum als Ort der Information, des Erinnerns und der Begegnung wäre eine wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsweisende Entwicklung des Gedenkens, weitab von dem, was Deiler als ritualisierte „Kranz-Abwurf-Veranstaltungen“ bezeichnet.

Erinnerungsarbeit in der Zukunft fußt aber auch auf Bildungsformaten, die die nachwachsenden Generationen tatsächlich erreichen. Angesichts besorgniserregender Wissenslücken unter jungen Erwachsenen fordert Grünen-Abgeordnete Triebel eine Evaluation aller Bildungsmaßnahmen, da offensichtlich von dem, was gemacht wird, zu viel verpufft. „Wir müssen schauen, was ankommt. Benutzen wir die verkehrten Medien? Brauchen wir eine andere Ansprache?“ Ganz wichtig sei auch die Frage, wie man die NS-Zeit in einer Einwanderergesellschaft vermitteln könne.

Dass Jugendliche aus anderen Kulturen fragen, was sie das alles angehe, hatten zwei ehemalige Lehrerinnen unter den „Omas gegen Rechts“ durchaus schon erlebt.

Doch der Bogen in die Gegenwart lässt sich schlagen – Ausgrenzung findet nach wie vor statt. „Die Unmenschlichkeit“, meinte eine der Teilnehmerinnen, „beginnt schon beim Mobbing“.

Ulrike Osman



Zusammen mit den „Omas gegen Rechts“ diskutierten (von links): Historikerin Edith Raim, Präsident der Europäischen Holocaust-Gedenkstätte-Stiftung Manfred Deiler, Grünen-Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel und Veranstalter Wolfgang Hauck.

Foto: Osman